

Unaufgeforderte Stellungnahme von #keinmehr

Zur öffentlichen Anhörung am 1. März 2021 im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Antrag der Fraktion DIE LINKE: Femizide in Deutschland untersuchen, benennen und verhindern BT-Drs. 19/23999

#keinmehr

#keinmehr ist ein offenes Netzwerk von Organisationen und Aktivist*innen, das sich im März 2017 mit dem Ziel gegründet hat, auf die strukturellen Hintergründe von Femiziden aufmerksam zu machen, die Problematik im Bewusstsein der Öffentlichkeit in Deutschland zu etablieren und Forderungen zu stellen, um die aktuelle Situation zu verbessern.

In diesem Zusammenhang hat #keinmehr gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung im November 2020 eine umfassende Analyse von Femiziden in Deutschland veröffentlicht:

„#keinmehr – Femizide in Deutschland“, online abrufbar unter:

<https://www.rosalux.de/publikation/id/43257>.

Weitere Informationen zum Netzwerk finden sich unter: <https://keinmehr.wordpress.com/>

Femizide in Deutschland benennen, untersuchen und verhindern

#keinmehr unterstützt den Antrag der Fraktion DIE LINKE ausdrücklich.

Die Bundesregierung muss anerkennen, dass Femizide – verstanden als die Tötungen von Frauen und Mädchen aufgrund von tiefliegendem und strukturell verankertem Frauenhass – in Deutschland stattfinden. Sexualisierte oder patriarchale Gewalt sind als ein Kontinuum zu verstehen, wo sexualisierte Gewalt die radikalste und brutalste Ausprägung darstellt. Femizide passieren nicht einfach so. Ihnen gehen meist andere Gewaltformen voraus. Die Prävention von Femiziden, aber auch von sexualisierter Gewalt ist damit eine unmittelbare Forderung von FLINT (Frauen, Lesben, inter, nicht-binären und trans Menschen) Organisationen und Betroffenen.

Solange die Bundesregierung weiter die Augen und Ohren verschließt, solange wird sie keine Erkenntnisse zu den Strukturen und Risikosituationen gewinnen können, die diese Tötungen ermöglichen, und solange wird sie sie folglich auch nicht verhindern können. #keinmehr schließt sich deshalb mit Nachdruck der Aussage der Rechtsanwältin und Professorin Dagmar Oberlies an, wenn sie festhält: «Eine Gesellschaft, die nicht konsequent gegen Gewalt gegen Frauen vorgeht, nimmt deren Tötung billigend in Kauf.»¹ Dies gilt offensichtlich ganz besonders auch für die Regierung einer solchen Gesellschaft.

¹ Oberlies, Dagmar: Tötungsdelikte zwischen Männern und Frauen. Eine Untersuchung geschlechtsspezifischer Unterschiede aus dem Blickwinkel gerichtlicher Rekonstruktionen, Pfaffenweiler 1995, S. 79 f.

Eine unabhängige Beobachtungsstelle außerhalb der Polizei

#keinemehr bekräftigt die Forderung der Fraktion DIE LINKE nach einer unabhängigen Beobachtungsstelle und einem jährlichen Lagebild, auf dessen Grundlage Risikosituationen, -faktoren und -gruppen ausgemacht und politische Maßnahmen entwickelt werden können. Die aktuell häufig herangezogene Polizeiliche Kriminalstatistik sowie die darauf aufbauende kriminalstatistische Auswertung zu Partnerschaftsgewalt hat zu enge Grenzen, als dass sie einer effektiven Prävention dienen könnte. Da es sich um eine polizeiliche Statistik handelt, werden nur jene Fälle registriert, die zur Anzeige gebracht werden. Die Zentrale Informationsstelle autonomer Frauenhäuser (ZIF) geht deshalb von einer hohen Dunkelziffer an versuchten Tötungen aus, weil viele nicht angezeigt oder erst gar nicht als solche erkannt werden, so etwa bei tätlichen Angriffen auf den Hals. Zudem wird binär nach den Geschlechtern «männlich» und «weiblich» unterschieden. Das bedeutet, dass es keinen transparenten Umgang mit eingetragenen und gelebtem Geschlecht gibt. Tötungen von trans Frauen sind in der Polizeilichen Kriminalstatistik unsichtbar. An beiden Aspekten – sowohl an der alleinigen Erfassung von angezeigten Taten, wie auch dem Festhalten am Personenstandsgesetz – orientiert sich die Polizeiliche Statistik zwangsläufig. Denn offensichtlich kann die Polizei nur die Taten und Datensätze registrieren, die ihnen vorgelegt werden. Aus diesen Gründen würde aber auch eine erweiterte Form der Polizeilichen Auswertung, wie es der Antrag der Fraktion DIE LINKE fordert, diese Lücken beinhalten.

Darüber hinaus bekräftigt #keinemehr die Notwendigkeit von Fortbildungen für Polizei und Justiz, wie sie bereits seit Jahrzehnten von feministischen und frauenpolitischen Aktivist*innen gefordert werden.

Femizide an trans Frauen einbeziehen

Sowohl bei der genauen Definition von Femiziden sowie bei der Entwicklung einer unabhängigen Beobachtungsstelle („Femicide Watch“) und schließlich bei Weiterbildungen von Polizei und Justiz ist darauf zu achten, dass kein essenzialistisches Frauenbild befördert wird. Das bedeutet, dass unbedingt auch die Lage derjenigen mit berücksichtigt werden muss, die sich selbst als Frau identifizieren, ihnen aber bei der Geburt ein anderes Geschlecht zugewiesen wurde und die (noch) nicht ihren Personenstand dem tatsächlichen Geschlecht anpassen konnten.

Die Mordrate unter trans Frauen ist weltweit enorm hoch. In der Gewalt gegen trans Frauen verbindet sich Frauenfeindlichkeit mit dem Hass gegen Menschen, die von geschlechtsbasierten Normen abweichen. Weder mit Misogynie noch mit Trans- oder Homophobie alleine sind diese Morde zu erklären. Für Deutschland gibt es diesbezüglich noch keine Untersuchungen – dies muss sich ändern, um Maßnahmen in die Wege leiten zu können, welche die Gefahr für diese Personengruppe zu verringern vermögen.

Wir empfehlen eine enge Zusammenarbeit mit Expertinnen für trans Realitäten wie Felicia Rolletschke (<https://transformationaltomorrow.wordpress.com/>) oder Livia Prüll (<https://www.livia-pruell.de/>).

Rassismus entgegenwirken

Darüber hinaus sieht #keinmehr es auch in der Verantwortung der Bundesregierung, sich gegen eine rassistische Instrumentalisierung von Femiziden einzusetzen. Bei Femiziden, bei denen der Täter nicht als deutsch definiert wird, ist in der medialen und gesellschaftlichen Debatte sehr häufig von «Ehrenmorden» die Rede. Es wird das Bild einer Bedrohung gezeichnet: die Gewalt habe nichts mit der «deutschen Gesellschaft» zu tun, mit der jedoch nur die *weiße* Mehrheitsgesellschaft gemeint ist, sondern sei angeblich von einer fremden Kultur oder Religion importiert worden. Eine im Auftrag des Bundeskriminalamts angefertigte Studie zu «Ehrenmorden» in Deutschland stellt hingegen fest, dass bei den als «Ehrenmorden» benannten Tötungen meist geschlechtsspezifische Motive zugrunde liegen: «Häufiger als Ehrenmorde im engeren Sinn sind Grenzfälle zur Partnertötung, bei denen die Ehefrau oder Partnerin durch Unabhängigkeitsstreben, Trennung bzw. Trennungsabsicht oder (vermutete) Untreue den Anlass für die gewaltsame Reaktion des (Ex-)Partners gibt.»² Diese Konstellation wiederum sei in allen Gesellschaften anzutreffen und ließe sich «grundsätzlich als extremer Ausdruck männlichen Dominanz- und Besitzdenkens gegenüber Frauen deuten».³ Also eben jene Motive, die hinter geschlechtsspezifischen Tötungen stehen, gleichgültig in welchem Kontext.

Eine unabhängige Beobachtungsstelle könnte hier für eine faktenbasierte Debatte sorgen.

Rassismus muss in allen seinen Formen bekämpft werden. Das bezieht sich auf den Rassismus gegenüber Tätern, wie bei der medialen und juristischen Behandlung von «Ehrenmorden». Das bezieht sich aber auch auf den Rassismus gegenüber Betroffenen von Gewalt oder einen strukturellen Rassismus, der Menschen überhaupt einem größeren Risiko ausliefert, Gewalt zu erfahren. So etwa, wenn das Aufenthaltsrecht von Frauen von ihren Männern abhängt und sie sich deshalb nicht aus einer gewalttätigen Situation lösen können, ohne sich selbst in weitere Gefahren zu bringen. #keinmehr fordert deshalb ein vom Ehemann unabhängiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen.

Auch hier raten wir zu Zusammenarbeit mit Expert*innenorganisationen wie Damigra (<https://www.damigra.de>), S.u.s.i. (<https://www.susi-frauen-zentrum.com/>) oder Ban Ying (<https://www.ban-ying.de/>).

Soziale Gleichstellung auf allen Ebenen befördern

Nicht zuletzt unterstützt #keinmehr die Forderung der Fraktion DIE LINKE nach einer staatlichen Unterstützung für Frauen, um sich aus gewaltvollen Situationen zu befreien. Ebenso wie die legalen Abhängigkeiten der Frauen von ihren Partnern, wie durch bestehende aufenthaltsrechtliche Regelungen, erschwert ihnen auch die ökonomische Schlechterstellung ein Ausbrechen aus Gewalt. Somit ist es lebenswichtig, so viele Hürden wie möglich diesbezüglich abzubauen. Das bedeutet im Konkreten etwa:

² Ebd., S. 165.

³ Ebd., S. 65.

- eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, damit sich Frauen auch mit geringem Einkommen alleinstehend oder mit Kindern eine eigene Wohnung leisten können;
- einen Ausbau der kostenfreien Kinderbetreuung, damit Frauen der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert wird;
- die gleiche Bezahlung von gleicher und gleichwertiger Arbeit, damit Frauen dort auch angemessen verdienen können.

Auch hier empfehlen wir die Zusammenarbeit mit Expertinnen aus den Frauenhäusern, da diese auf einen jahrelangen Erfahrungsschatz zurückgreifen können. Außerdem sind auch in diesen Fragen die oben bereits genannten Expertinnen miteinzubeziehen, da sich häufig Mehrfachdiskriminierungen ergeben. So sind etwa trans Personen, Frauen mit Migrationsgeschichte oder von Rassismus betroffene Frauen auch Diskriminierungen auf dem Arbeits- oder Wohnungsmarkt betroffen, was ihre Autonomie noch stärker eingeschränkt.

Berlin, 23.2.2021

Silvia Crepaz
Merle Dyroff
Jana Flörchinger
Susanne Hentschel
Maren Müller
Marlene Pardeller
Alex Wischnewski

Für das Netzwerk #Keinemehr